

Dem Kern nach bedeutet das, gesetzlich zu regeln, daß Diskriminierung auf der Grundlage des Geschlechts unhaltbar ist und durch das höchste Gesetz im Land, die Bundesverfassung, nicht geduldet wird. Das bedeutet für malaysische Frauen, daß der Staat ihre Rechte erhält und in gleicher Weise schützt wie die der Männer."

Die Gruppe ist auch unglücklich über die Vorbehalte, die die Regierung Malaysias bei der Ratifizierung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frauen gemacht hat. Dem 1985 vorgeschlagenen Übereinkommen stimmte Malaysia vor einem Monat mit Vorbehalten gegenüber 5 Artikeln zu. Dies wurde damit begründet, daß Malaysias Zustimmung davon ausgeht, daß sie nicht zu den Vorschriften des islamischen Scharia-Rechts und der Bundesverfassung im Widerspruch steht.

Allerdings findet die Gruppe, daß die Art und der Inhalt der Vorbehalte schwerwiegenden Einfluß auf die Förderung von Frauen haben würden, insbesondere, da es bereits eine Frauenförderungs politik gebe.

"Was für Vorbehalte auch immer gemacht werden, sie sollten als vorübergehend gesehen werden, um der Regierung Zeit zu lassen, an der Abschaffung der Gleichheitsbehinderungen zu arbeiten."

"Ebenso sollten Vorbehalte wegen des Widerspruchs zum Scharia Recht als vorübergehend betrachtet werden. Der Koran sieht die Frau und den Mann als gleichwertig und als gleichberechtigte Teilnehmer in allen Aspekten des islamischen Lebens an," sagen sie.

Die Frage der Gleichheit im Islam wurde im Zusammenhang mit der anstehenden Weltkonferenz auch unter malaysischen, islamischen Frauengruppen und Gelehrten diskutiert.

Darin wurde festgestellt, daß erst vor kurzem die Prinzipien der Frauenrechte nach einem harten Kampf um die religiösen Gesetze anerkannt wurden. Aber viele Frauen leiden unter Ungerechtigkeit und Unterdrückung in einigen islamischen Ländern. Die Gruppe fordert somit fortschrittliche islamische Länder wie Malaysia auf, die Führung zu einem fortschrittlicheren Ansatz in diesen Fragen zu übernehmen.

Eine andere Gruppe von NRO Frauen, die National Women's Coalition, empfahl der Regierung, sich fünf Problembereichen zuzuwenden, die sie in vier nationalen Beratungen auf der Halbinsel Malaysia, in Sabah und Sarawak, herausgearbeitet hat.

Diese Beratungen wurden von der All Women's Action Society im letzten Jahr mit örtlichen Frauenorganisationen an der Basis, unter indigenen Volksgruppen und städtischen Gemeinschaften sowie unter Arbeiterinnen durchgeführt. Schwerpunkt waren die fünf wesentlichen Problembereiche Gewalt gegen Frauen, Gesundheit, Kultur und Religion sowie Land und Lohnarbeit. Die Gruppe sagt: "Die vielen ungehörten Stimmen von Frauen müssen auf dem Weg Malaysias zur Vision 2020 gehört werden."

Aishah Ali

*Der Artikel erschien am 20.8.95 in der New Straits Times unter dem Titel "Women want action to accompany mere pledges". Übersetzt und leicht gekürzt von Peter Franke.*

## DOKUMENTATION

# Nationale Verpflichtungen für Beijing

Da Frauen aus aller Welt im September in Beijing zusammenkommen, um an der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen teilzunehmen, nehmen wir die Gelegenheit wahr, die Regierung Malaysias aufzufordern, ihren Verpflichtungen nachzukommen, die Rechte von Frauen zu fördern, den Status von Frauen zu verbessern und im Prinzip die Gleichheit zwischen Mann und Frau anzuerkennen.

Um diese Ziele zu erreichen, fordern wir die Regierung auf, sich anlässlich der anstehenden Weltkonferenz zu verpflichten Schritte zu unternehmen, um ein 11-Punkte-Programm bis zum Jahr 2000 umzusetzen. Wir fordern von der Regierung,

- \* die Ergänzung des Artikel 8(2) der Bundesverfassung, um anzuerkennen, daß das Geschlecht kein Grund für Diskriminierung sein darf;
- \* Schritte einzuleiten, um die geäußerten Vorbehalte gegenüber dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau zu widerrufen und Bedingungen für seine vollständige Umsetzung zu schaffen;

- \* die Umsetzung des Aktionsplans für die Nationale Frauenpolitik und die Sicherstellung, daß eine wirkungsvolle Integration in alle Regierungsbereiche und Ministerien mit angemessener Berücksichtigung im Haushalt des 7. Malaysia-Plans vorgenommen wird sowie eine Reorientierung der institutionellen Prozesse für eine solche Umsetzung;
- \* die Stärkung der Behörde für Frauenangelegenheiten (HAWA) durch die Bereitstellung von zusätzlichem Personal und Finanzmitteln und Aufstellung eines jährlichen Haushaltspostens für Aktivitäten von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) zur Umsetzung des Aktionsplans;
- \* die Änderung von Gesetzen, die Frauen diskriminieren sowohl in ihrer Bedeutung als auch in ihrer Anwendung;
- \* die sofortige Anwendung des Gesetzes gegen Häusliche Gewalt (Domestic Violence Act);
- \* die Aufstellung von Zielvorgaben und einem Zeitplan zur Förderung von Frauen in Führungspositionen in der

Politik, der Regierung und in öffentlichen Einrichtungen;

- \* die Schaffung von Betriebs-Kinder- und örtlichen Kindergärten;
- \* die Anerkennung einer besonderen Verletzbarkeit von Frauen, insbesondere junger Mädchen, durch HIV-Infektionen, und die Stärkung der nationalen Leistungen (Programme, Dienstleistungen und Ressourcen) zur Beseitigung der sozio-kulturellen und sexuellen Faktoren, die eine Verbreitung von HIV ermöglichen;
- \* die Einbeziehung von Frauen-NRO bei der Überprüfung der Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik sowie bei Programmen zur Verbesserung der Reproduktionsrechte und der gesamten Gesundheit der Frauen;
- \* die Formulierung einer nationalen Beschäftigungsstrategie für Frauen zur Förderung ihrer beruflichen Aufstiegschancen und ihres Zugangs zur beruflichen Weiterbildung in allen Bereichen, insbesondere auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und Technologie.

*Gemeinsame Erklärung von "Sisters in Islam", "All Women's Action Society", "Tenaganita" und "Women's Aid Organisation". Übersetzung aus dem Englischen von Peter Franke.*